

Hermann Knapp, Das Übersiebnen der schädlichen Leute in Süddeutschland. Ein rechtshistorischer Beitrag und Nachtrag. Berlin, Guttentag 1910. 88 S. 8°.

Karl Otto Müller, Zur Geschichte des peinlichen Prozesses in Schwaben im späteren Mittelalter. Tübinger Studien für schwäbische und deutsche Rechtsgeschichte 2. Bd. H. 3, Tübingen, Laupp 1910, S. 22—79. 8°.

Schon im zweiten Bande seiner Zenten des Hochstifts Würzburg (1907) S. 464 ff. hatte Hermann Knapp an der Hand Würzburger Quellen den Nachweis unternommen, daß die grundlegenden Anschauungen des Zallingerschen Werkes über das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland (1895), die von der herrschenden Lehre angenommen worden waren, unzutreffend seien. Durch Siegfried Rietshels (diese Zeitschr. Bd. 29 S. 400) Beifall ermutigt, sucht er in der vorliegenden Schrift seinen Standpunkt auf der breiten Basis der Rechtsquellen Süddeutschlands: Frankens, Schwabens, Bayerns und Österreichs klarzustellen. Den Ausgangspunkt seiner Studien bildeten die partikulären Rechtsquellen des Hoch- und Spätmittelalters, deren Verfahren die von Zallinger gegebene Deutung nicht vertrug. Hier liegt denn auch der Schwerpunkt seiner Ausführungen, während das frühmittelalterliche Recht insbesondere der Landfrieden unter deren Einfluß zur Darstellung kam.

Knapps Kampf gilt in erster Linie der These v. Zallingers, daß der seit dem 13. Jahrhundert nachweisbare Übersiebnungsprozeß gegen den gefangenen nicht handhaften Verbrecher nur eine spezialrechtliche Institution zur Bekämpfung des Gewohnheitsverbrechertums sei, — eine Ansicht, die Richard Löning, Der Reinigungseid bei Ungerichtsklagen (1880) S. 70 ff. begründet hatte. v. Zallinger folgerte sie daraus, daß der Beweis im Übersiebnungsprozesse sich nicht auf eine konkrete Klagbeschuldigung beziehe, sondern auf die allgemeine Behauptung, der Angeklagte sei ein schädlicher Mann, daß weiter die im Übersiebnungsprozesse verfolgten Missetaten nur Diebstahl, Raub, Brand, Mord, Fälschung seien: die typischen Fälle des Gewohnheitsverbrechertums. Somit war nach ihm der Beweis ein Leumundsbeweis, die Grundlage des Verfahrens der Nachweis der habituellen Schädlichkeit des Angeklagten, die Verurteilung zwar formell auf eine bestimmte Übeltat gestellt, materiell dagegen auf die Landschädlichkeit. Die im Übersiebnungsprozesse abzuurteilenden „schädlichen Leute“ sind daher keineswegs gewöhnliche Verbrecher, sondern ausschließlich Gewohnheitsverbrecher, deren wichtigste Typen das professionelle städtische Gaunertum sowie das Raubrittertum darstellen.

Knapp unternimmt den Nachweis, daß weder die städtischen Gauner (vgl. auch Zenten II 483 ff., 495 f.) noch die Raubritter an sich als schädliche Leute galten. Das Gesindel, das sich in den Städten zusammenfand, wurde zwar aus der Stadt verwiesen, aber als schädlich

doch nur dann gerichtet, wenn es dem Verweisungsgebot ungehorsam war oder wegen einer bestimmten verbrecherischen Tat verfolgt wurde, S. 74 ff. Ebenso Raubritter (außer Oberösterreich) nur dann, wenn sie eines bestimmten Verbrechens bezichtigt sind. Eine Ausnahme gilt nur für herrenlos umherstreifende bewaffnete „Eisenknappen“ und Knechte, die kraft gesetzlicher Bestimmung als schädliche Leute gelten sollen, S. 66 ff., 84 (was allerdings Knapp merkwürdigerweise wieder S. 67 a. E. bestreitet).

Geht er hierin noch mit v. Zallinger konform, der gleichfalls die Bezugnahme auf eine bestimmte verbrecherische Tat in der Regel als erforderlich ansah (S. 171), so wendet sich direkt gegen ihn der Nachweis, daß der Begriff des schädlichen Mannes weit mehr als nur die Gewohnheitsverbrecher umfaßte. Das von Knapp beigebrachte Material ist m. E. beweiskräftig genug, um diesen Nachweis als vollständig erbracht ansehen zu können, wenn auch keineswegs alle Argumente Knapps fangen und seine eigene Auffassung vom Begriffe des schädlichen Mannes nebelhaft bleibt; auch hat er die von ihm in an sich verdienstvoller Weise zusammengetragenen zahlreichen Belege zur Terminologie (S. 63 ff., 69 ff., 80 ff.) ungenügend ausgebeutet; zudem sind die Belege vielfach so verstümmelt und aus dem Zusammenhange herausgerissen, daß sie in dieser Form ganz unbrauchbar sind. Immerhin ergibt sich folgendes als unbestreitbar. Schädlich ist, wer einen Schaden getan hat, vgl. z. B. Ulm (Knapp S. 63): Wer auch den anderen an seinem Schaden findet, ist, daß er den Schaden auf dem seinen wundet —. Schädlich ist insbesondere, wer ein Delikt, im engeren Sinne aber, wer ein mit dem Tode bedrohtes Ungerichte begangen hat. Schädlich steht in den Quellen als durchaus identisch neben und für missetätig, übeltätig, malefizio, untätig usw. Und zwar gilt das nicht nur von den Quellen, die schädlich im weiteren Sinne anwenden, sondern auch von denen, wo von der Übersiebnung und nachfolgenden Hinrichtung des schädlichen Mannes die Rede ist, vgl. Knapp S. 27, 29, 33, 34, 35, 40 usw. Man denke nur an die gleichzeitigen Privilegien von Weißenburg und Leutkirch von 1431: durch der siben ayde willen, die man in diesen landen über mistetige leute pflegt zu haben — mit den siben eyden, die man — über schädlich und übelthätig leuth zu thun pflegt. Unbestreitbar ist der schädliche Mann der todeswürdige Verbrecher als solcher, wenn von ihm gesagt wird: schedlich leute, es sein dieb, mörder, prennner, straßrauber oder wie die genant möchten sein, Knapp S. 49, um alle sache, wan swaz hintz dem tode get, da sol der richter den schedelichen man nemen, Knapp S. 50, vgl. 51, 52, 54, 26; wenn weiter die Richtstatt bezeichnet wird: da man schädlich lüte richtet nach ir schuld, Knapp S. 31, vgl. 40 usw. Dabei sei an den *malus homo* des Chilperichschen Edikts erinnert, in dessen cap. 10 Knapp S. 6 die parentes irrig als Angehörige des Klägers betrachtet, während es sich tatsächlich um die Sippe des schädlichen Mannes handelt, vgl. Brunner RG. I² 130 zu Anm. 88.

Zu demselben Resultate wie Knapp kommt Müller in seiner kleinen,

aber inhaltreichen und durch die Beibringung und Verwertung neuen Materials wertvollen Schrift. Den Anlaß zu ihr gab die Auffindung einer interessanten Halsgerichtsordnung des Stadtgerichts Ellwangen, deren Entstehung Müller mit ausreichenden Gründen in das Jahr 1466 setzt. Er unternahm die Textausgabe, die er in einwandfreier Weise nach den Grundsätzen der württembergischen Kommission für Landesgeschichte besorgte und der er eine im ganzen zutreffende Darstellung des prozessualen Gehaltes der Halsgerichtsordnung unter Benutzung anderwärts von ihm herausgegebener Ellwanger Urgichten vorausschickt, S. 71 ff., 23 ff., 28 ff., 62 ff. Die Halsgerichtsordnung gibt einen in dieser Vollständigkeit einzigartigen Einblick in das Übersiebnungsverfahren gegen den nicht handhaften Verbrecher. Sie selbst bezeugt ihre Anwendbarkeit gegen Mörder, Diebe, Räuber, Verräter; dazu macht Müller 29 f. wahrscheinlich, daß sie noch andere Verbrechensarten umfaßt, ja das allgemeine ordentliche peinliche Verfahren gegen den gefangenen Verbrecher darstellt. Jedenfalls kann davon keine Rede sein, daß der Übersiebnungsprozeß sich in Ellwangen nur gegen Gewohnheitsverbrecher, landschädliche Leute im Sinne Zallingers, gewendet habe. Diese Erkenntnis veranlaßte Müller, die von Knapp in den Zenten für das fränkische Rechtsgebiet begonnene Widerlegung v. Zallingers auf Anregung Rietschels für das schwäbische nachzuholen. Außer dem Ellwanger Recht untersuchte er insbesondere das von Ulm, Ravensburg, Augsburg, Memmingen, Isny, Lindau, Kempten, Wangen; er gewann das gleiche Ergebnis wie Knapp, der gleichzeitig dieselben Rechte (mit Ausnahme Wangens und Isnys) für seine Auffassung verwertete.

Es ist das Verdienst Knapps und Müllers, den Beweis geführt zu haben, daß das Übersiebnungsverfahren in manchen Rechten zum ordentlichen Prozesse bei jeder peinlichen, an Leib und Leben gehenden Sache geworden ist. In diesen Rechten kann jeder, der durch seine Tat sich aus dem gemeinen Frieden gesetzt und sein Leben verwirkt hat, aufgegriffen und übersiebnet werden. Ich verweise auf die Ausführungen Knapps über Tirol 1312, Landshut 1316, Lindau 1321, 1331, Kempten 1331, Steiermark, Kärnten 1338, Tübingen 1388, Memmingen 1396, S. 52, 47, 30 f., 33 f., 54 f., 36, 32 f., sowie diejenigen Müllers zu Wangen 1331, Biberach 1331, Ravensburg 145 [1351], Privil. 1354, S. 44 f., 50 f., 48 f., vgl. 52 ff. Andererseits ist es m. E. unbestreitbar, daß andere Rechte den Übersiebnungsprozeß nur für gewisse Delikte anwendeten. Es handelt sich dann meist um Raub, Diebstahl, Brandstiftung, zu denen häufig Notzucht und Mord gestellt wurden: Verbrechenstatbestände, die wegen der ihnen innewohnenden Gewalttätigkeit besonders den Landfrieden bedrohen und daher die schärfste Reaktion der Friedensgenossenschaft auslösen. Verbrecher dieser Art repräsentieren den Typus des landschädlichen Mannes, dessen Gemeinschädlichkeit die Ausbildung des neuen Verfahrens durch die Landfriedensgesetzgebung veranlaßte. Knapp gibt denn auch zu, daß der Übersiebnungsprozeß sich in manchen Rechten nur gegen gewisse Verbrechentypen

wandte, vgl. seine Ausführungen zu Augsburg S. 29f., Ulm-Ravensburg 36f., den österreichischen Städten S. 55f., vgl. S. 60; indessen hält er sich von unzulässigem Generalisieren keineswegs frei, man vgl. z. B. den Rückschluß, den er aus dem steirischen und kärntnischen Landrechte auf das viel ältere österreichische vornimmt, S. 55. Solche Rückschlüsse sind auf ein im Hochmittelalter nur allmählich durchdringendes Rechtsinstitut unanwendbar. Noch weniger vermeidet Müller Übertreibungen, wenn er sich z. B. gegen Knapps Bemerkungen zu Ulm-Ravensburg wendet, S. 40f., bes. Anm. 2. In der Tat wird aber gerade von älteren Quellen ein Übersiebnen häufig nur in bezug auf die eben bezeichneten Delikte erwähnt, während in ihnen der Ausdruck schädlicher Mann selten ist, vgl. Knapp 73. So scheint gesichert, daß der Zug der Entwicklung auf Ausdehnung des Übersiebnungsprozesses gerichtet war. Das will praktisch so viel sagen: der ordentliche Prozeß mit Ladung vor Gericht und seiner für den Kläger so ungünstigen Beweislage tritt zurück, der Verletzte kann wegen einer immer wachsenden Zahl von Delikten den Täter auch ohne Handhafte ergreifen, vor Gericht führen und übersiebnen. Die Befugnis zur Aufgreifung: hierin liegt, wie schon v. Zallinger S. 188ff. treffend ausführte, die strafrechtsgeschichtliche Bedeutung der den Übersiebnungsprozeß enthaltenden Satzungen, die Fortentwicklung gegenüber älterem Rechte, das den Grundsatz persönlicher Integrität des nicht handhaften Täters festhielt. Hier liegt also der eigentliche Sitz des Problems.

v. Zallinger erklärte die Festnahmebefugnis daraus, daß der Grundsatz persönlicher Integrität zur Bekämpfung des Gewohnheitsverbrechertums außer Kraft gesetzt worden sei. Damit war indessen nur ein entwicklungsgeschichtliches Motiv zur Erkenntnis gekommen, das meiner Ansicht nach trotz der Resultate Knapps auch weiterhin festgehalten werden muß. Dagegen blieb die prozeßgeschichtliche Bedeutung des Übersiebnungsprozesses ohne Erklärung. v. Zallinger wollte freilich den Übersiebnungsprozeß als eine jüngere Phase des alten Leumundsprozesses auffassen und meinte, daß er insbesondere an die Stelle der alten „Schädlichkündigung“ getreten sei. Aber das ganze Institut der Schädlichkündigung hat in Wahrheit niemals existiert. Das *denunciare aliquem tamquam nocivum terrae* geht nicht auf eine Schädlichkündigung durch Richterspruch auf Grund eines Leumundbeweises in dem von Zallinger konstruierten höchst eigenartigen Präjudizialverfahren: es geht auf ein Rügeverfahren bzw. ein Achtverfahren, dessen Wirkung sich von denen der gewöhnlichen Ungehorsamsacht nur deshalb unterscheidet, weil ihm ein todeswürdiges Verbrechen zugrunde liegt. Das ist durch die Ausführungen Knapps 8ff., vgl. Zenten II 481, genügend klargestellt, wenn man auch wünschen möchte, daß er den Sätzen v. Zallingers gründlicher nachgegangen wäre und sich von der Einmischung späterer städtischer Satzungen unter Beschränkung auf das Landfriedensrecht freigehalten hätte. Jedenfalls darf man an ein Verfahren mit Schädlichkündigung zur Erklärung des Übersiebnungsprozesses nicht anknüpfen, der damit als eine mittelalterliche Neubildung ohne Benutzung vorhandener prozessualer Formen erschiene.

Das ist indes eine unmögliche Annahme. Und so hat denn Knapp eine ältere Meinung, die v. Wächter und v. Kries vertreten hatten, wieder aufgenommen, wonach der Übersiebnungsprozeß gegen den schädlichen Mann als eine Fortbildung des Verfahrens um handhafte Tat erscheint. Erst das von ihm und Müller beigebrachte Material gibt die Möglichkeit, diese Ansicht endgültig zu beweisen und so das Problem des Übersiebnungsprozesses zu lösen. Aber weder Knapp noch Müller haben ihr Material in diesem Sinne erschöpfend ausgenützt. Insbesondere hat Knapp in seiner Schrift das ganze Problem mit keinem Worte berührt, nachdem er es in dem Kapitel „Das Übersiebnen mit und ohne Handhafte“ in seinen Zenten II 430 ff. als in seinem Sinne gelöst angenommen hatte. So auch Knapp neuestens in Zeitschr. für die gesamte Strafrechtswiss. 32 (1911) 179. Und doch wäre eine Erörterung der Frage schon deshalb unumgänglich gewesen, weil Zallinger behauptet hatte, man dürfe den Übersiebnungsprozeß nicht aus dem Verfahren um handhafte Tat ableiten, da die Entwicklung dieses Verfahrens vielmehr auf Verstärkung der materiellen Wahrheitsgarantien gerichtet gewesen sei.

Die Unhaltbarkeit von Zallingers Anschauung sei an einem Beispiele aus dem Freiburger Stadtrecht, um 1300 cap. 20, Ermisch (1889) 128 ff. illustriert. Hier wird uns von einem Prozesse Nachricht gegeben, der das Zwischenglied zwischen dem Verfahren um handhafte Tat und dem Übersiebnungsprozesse darstellt. Schon v. Kries, Beweis im Strafprozeß (1878) 170 ff. hat die Stelle ausführlich erörtert, ohne ihre Bedeutung zu erkennen. Sie handelt von dem Falle, daß jemand beraubt und seines Räubers später, sei es selbst nach geraumer Zeit, über ein Jahr oder mehr, ansichtig wird. Dann kann er ihn ohne weiteres festnehmen. Hat der Räuber geraubtes Gut nicht mehr bei sich, so kann er ihm irgend etwas „aufbinden“: eine unschuldige habe, einen mantel oder einen rok oder ein swert oder was iz ist, und zwar soll er das so thun, daz is der richter noch kein gesworen man gewar werde. Dann soll er ihn vor den Richter bringen unde schrie ubir sinen rouber unde der lantlute rouber unde klage, daz he in geroubet habe. Der Räuber wird gefangen gesetzt und im nächsten Gericht wird er mit gebundenen Händen, aufgebundenem roup vom Kläger vorgebracht mit Gerüfte: „Cetar uber minen rouber unde der lantlute rouber“. In dem Verfahren hat der Räuber keine widerrede, vielmehr beschwört der vorderer, wenn er ein inman ist, mit sin eines hant mit zwen vingern uffin heiligen: daz derselbe Herman si sin rouber und der lantlute rouber, daz im got so helfe unde alle heiligen. Ist er ein uzman, so müssen nach ihm sechse schwören: den eit, den her Cunrat vor gesworn hat, der ist reine und unmeine.

Es ist also gegen den Räuber das Verfahren um handhafte Tat zugelassen, wenngleich sämtliche Voraussetzungen der handhaften Tat fehlen. Der Räuber wird nicht sofort auf der Tat ergriffen, sondern vielleicht lange Zeit nachher. Er wird festgenommen ohne Gerüfte und Schreimannen. Er hat keine Spuren der Tat in der Hand. Aber

was zur handhaften Tat in Wahrheit fehlt, wird formell ergänzt: eine beliebige Sache wird ihm als Raubgut aufgebunden, das Gerüfte wird vor dem Richter erhoben. Und dann das gleiche Verfahren im Gerichte: gefesselt und mit aufgebundenem Raubgut wird er vorgebracht, eine Antwort ist ihm nicht gestattet, allein oder mit Eideshelfern überführt ihn der „Forderer“.

Zum Übersiebnungsprozesse ist es nun nur einen Schritt weiter. Freilich fehlt meist das Aufbinden des Raubs. Aber auch hier bedarf es der Erhebung des Gerüftes, wie es in der Ellwanger Halsgerichtsordnung heißt: Richta, herr, richta über mein morder und des landes morder, enjo! Auch hier ist der Täter gebunden vor Gericht zu bringen. Auch hier ist ihm jede Widerrede untersagt. Auch hier ist der Eid ein Helfereid.

Freilich ist gerade das von Zallinger (164ff.) auf das bestimmteste bestritten worden, daß ein Helfereid vorliege. Nahm er doch an, daß es sich um einen Leumundsbeweis handle, erbracht durch übereinstimmende Zeugnisse von sechs unbescholtenen Leuten. Indessen betrachten Knapp und Müller den Eid mit Richard Löning als Helfereid. Man kann ihnen hierin nur zustimmen. Heißt es doch in den älteren Quellen typisch: sūln dann sechs swern, daz der ait war si, daz der ait raine sei und nicht mains, oder es wird gesagt, daß der Verletzte sie soll überkommen mit sechs unversprochenen Mannen, selb sibent bereden, übersagen mit sibenn, vgl. die Belege bei Zallinger S. 148, 149, 153, 154, 174, 175, 183, Württ. Vjh. N. F. 18 449.

Die Identität mit dem Verfahren um handhafte Tat geht aber noch weiter, und hier liegt der springende Punkt, dessen Bedeutung weder Knapp noch Müller erfaßt haben. Der vor Gericht gebrachte Verbrecher ist nicht Partei im Prozesse, dem die Verübung der individuellen verbrecherischen Tat nachzuweisen ist: er ist ein friedloser Mann, und so hat der Festnehmende nur dem Gerichte nachzuweisen, daß die Friedlosigkeit durch eine mit ihr bedrohte Tat eingetreten, die Festnahme sonach rechtmäßig ist, woraus dann die Folge der Todesstrafe sich von selbst ergibt. Der Verbrecher ist ein friedloser Mann: daher die Zulässigkeit der Festnahme, der Fesselung, in der er gerade vor Gericht gestellt werden muß, Müller S. 64, die demütigende Stellung, die ihm vor Gericht zukommt: so darf in Ellwangen der Richter seiner Bitte, ihm einen Fürsprechen zu gewähren, erst beim dritten Mal Gehör schenken, dem Fürsprechen wird nur kärglich Zeit gelassen, mit dem Gefangenen zu verhandeln, nach der Eidesleistung und vor dem Urteil verläßt ihn der Fürsprech, da er mit dem, dem Tode verfallenen, friedlosen Mann nichts zu tun haben will, der Fürsprech darf ihm nicht Wandel dinge, ihn nicht biderber mann, sondern nur armer mann nennen, Müller S. 65, 66, 69, 70. Der Verbrecher ist als friedloser Mann nicht Partei: ihm ist jede Verteidigung abgeschnitten, vgl. schon v. Zallinger 156; selbst noch nach der Ellwanger Halsgerichtsordnung von 1466 wird von allen vom Verbrecher vorgebrachten Einreden nur die gehört, daß der Ankläger pennig, auch eebrecher und in offner acht

sei; vgl. auch Ravensburg 149 (1351) (Württ. Vjh. N. F. 18 451), Knapp 37. Die Friedlosigkeit ist absolut und unsühnbar; vgl. öst. Landr. 1236/37 cap. 8 und die Erläuterung Knapps S. 53. Weiter hat der „Ankläger“ gar keine formelle Klage zu erheben mit Angabe etwa eines bestimmten Verbrechenstatbestands; er hat lediglich über den Festgenommenen das Gerüfte zu schreien, worauf sofort dessen Verteidigungsversuche folgen.

Aus der Friedlosigkeit des todeswürdigen Verbrechers erklärt sich auch das Verbot des Hausens und Hofens, das von den Quellen so häufig in bezug auf die schädlichen Leute ausgesprochen wird, Knapp S. 16 ff. v. Zallinger S. 69 f. wollte das Verbot des Stat. in favor. princ. 1231 16 (Zeumer, Quellens. 49): nullus terre dampnosus vel a iudice dampnatus vel proscriptus recipiatur scienter nur auf den homo dampnosus denunciatus, den als schädlich gekündeten Gewohnheitsverbrecher, beziehen, weil nur dann die „fragliche Eigenschaft etwas Bekanntes“ war; aber tatsächlich konnte der Hausende doch auch auf andere Weise Kenntnis von der verbrecherischen Tat erlangen. Aus der Friedlosigkeit erklärt sich endlich auch das Verfahren gegen die schädlichen Häuser, worüber Knapp 20 f. gegen v. Zallinger 72 ff., 132 ff.

Am klarsten erweist sich die Friedlosigkeit des Verbrechers an dem vom Ankläger zu leistenden Eid. Schon an der Form. Nach bayrischem Rechte soll er ihm die vinger in den schopf legen und sol swern, bayr. Landfr. 1300 51, Tirol Priv. 1312, Landshut Priv. 1316, v. Zallinger S. 148, 149, so auch in Meiningen und Würzburg, Knapp Zenten II 442, 443, ähnlich auch in Goslar (Göschel S. 36 Z. 18 f.) swere de sakwolde uppen hilleghen uppe des beklagheden mannes hövede, worüber v. Zallinger S. 187; nach der Ellwanger HGO. uff des büttels swert, Müller S. 68 ff., 77. — Noch deutlicher am Inhalt. Vielfach hat der Ankläger zu beschwören, daz er sein diep sei und des landes diep usw., vgl. z. B. Bamberg 1314, v. Zallinger 154. Das entspricht fast wörtlich dem Eide, der nach Freiburger Stadtrecht cap. XIX 12 (Ermisch 125) sich gegen den handhaften Dieb wendet: daß derselbe Heinrich sin dip si unde der lantlute dip. Die Eidesformel geht hier wie da nicht auf einen bestimmten Verbrechenstatbestand, sondern auf die Behauptung, daß der Verbrecher ihn bestohlen und sich dadurch ihm wie der gesamten Friedensgenossenschaft gegenüber aus dem Frieden gesetzt habe. Nach anderen Rechten genügt daher die Formel: daz er ein so schedlich man si, daz man ze reht über in rihten sol, daß jener ihm und dem lande ein schädlicher man sey; daß der man land und läutten so schedlich sey, das man durch recht über ihn richten sol usw., vgl. bayr. Landfr. 1281 13, Tübingen 1388, Landshut 1316, v. Zallinger S. 148, 150. Es genügt also die einfache Behauptung, daß er ein todeswürdiger Verbrecher sei. Und besonders charakteristisch sind die Kombinationen beider Formeln: daz er ein deub si und so schedlich, daz man ze reht hintz iem rihten sol, bayr. Landfried. 1300 51, Nürnberg um 1300, v. Zallinger 148, 152, oder ihre Alternative: daz er sein rouber oder dieb sei oder daz er eyn schedelicher mann sei,

sein und dez landes, Ravensburg 1345, Zallinger 183; oder wenn endlich in Ulm-Ravensburg 1352 (Württ. Vjh. N. F. 18 449) bei handhafter Tat wie auch im Übersiebnungsprozesse ohne Handhafte zu beschwören ist: daz der selb schedlich man, der da für gericht gebunden und gevangen komen ist, sin dieb und dez landes dieb oder sin rober und dez landes rober heizze und sie.

Das Fehlen der konkreten Klagbeschuldigung und die Bezeichnung des Verbrechers als eines land- und stadtschädlichen Mannes usw. veranlaßten eben v. Zallinger zu der Annahme, daß es sich um ein Verfahren gegen Gewohnheitsverbrecher handle. Im Gegenteil erweisen sie den Übersiebnungsprozeß als Abspaltung des Verfahrens um handhafte Tat. Nicht nur den Frieden des Verletzten, sondern auch den der ganzen Friedensgemeinschaft hat der Täter gebrochen und sich so außer ihr gestellt. Falsch ist es, wenn Knapp S. 14, 15f., 38, 60, Zenten II 467f., 487 behauptet, der Kläger spreche nur von seinem Dieb, dagegen werde als des Landes Dieb, als dem Land schädlicher Mann der todeswürdige Verbrecher bezeichnet, der keinen Kläger finde und daher von Amts wegen angeklagt und überwunden werde. Zum Gegenbeweis brauche ich nur auf das von Zallinger S. 149 zitierte und auch von Knapp 52 benützte Tiroler Privileg von 1312 zu verweisen, nach dem der Festnehmende, ist er ein sogetan man, daz im ze gelauben ist, der in berechten wil, schwören soll: daz er ein schedlich man sei land und läuten. Man vgl. auch Landshut 1316, Knapp 47, und das oben zit. Freiburger Stadtrecht. Unverständlich ist es mir weiter, wenn Knapp S. 13 für „die ze schädlichen liuten dem lande geseit werdent“ vermutet: „in dem Lande“. Die Auffassung Knapps von der Bedeutung der landschädlichen Leute hat Müller 31, 63 übernommen; er nimmt deshalb für Ellwangen ein Offizialverfahren an, obwohl sicher ist, daß der Verletzte als Kläger auftrat, vgl. S. 31 f.

Dagegen konnte in der Tat das Offizialprinzip nur gegen solche Missetäter sich wenden, deren Vernichtung im Interesse des Landes und der Stadt geboten erschien, Knapp S. 14. Das traf indessen für alle todeswürdigen Verbrecher zu. Es ist daher gewiß wahrscheinlich, daß vom Übersiebnungsprozeß aus sich das Offizialprinzip des Prozesses bemächtigt hat, Knapp S. 59. Indessen kann auch dieses Problem noch nicht als gelöst gelten, da Knapp sich auf gelegentliche Bemerkungen beschränkt (vgl. z. B. S. 35, 46, 58) und diese durch sein Mißverständnis des dem Lande schädlichen Mannes getrübt sind.

Ausführlicher aber keineswegs abschließend äußert sich Knapp über das Leumundsverfahren 62f., 32, 35, 39, 46, 48, 49, 50, vgl. Müller 39, 55ff. Auch dieses wendet sich nicht ausschließlich gegen Gewohnheitsverbrecher. Immer bildet eine bestimmte verbrecherische Tat die Grundlage des Verfahrens, und die Leumundsfrage richtet sich immer in erster Linie auf ein Wissen von dem speziellen Verbrechen und erst in zweiter Linie kommt der sonstige Lebenswandel des Verbrechers in Betracht, aber nicht nur zur Belastung, sondern ebenso zur Entlastung durch Nachweis eines bis dahin guten Leumunds. Das Verfahren wird

durch einen Offizialkläger in Bewegung gesetzt; der Wegfall der Übersiebnung war in der Schwierigkeit, Eideshelfer zu beschaffen, begründet, Knapp 62, Müller 56f., 38. Auch in diesem Verfahren ergab sich das Recht zur Gefangennahme aus der Friedlosigkeit des von der öffentlichen Meinung des Verbrechens bezichtigten, ebenso wie des notorischen Missetäters; über das Verfahren um notorisches Verbrechen vgl. Knapp 62, Müller 61.

Die Frage der Überführung des Verbrechers mit Tatzeugen im ordentlichen Verfahren um Ungerichte eingehender zu berühren, nahm Knapp nur bei Erörterung des Münchener Rechts Veranlassung. Die siben mannen, die ez für warz wizzent, daz er der getat schuldich sey, des Art. 247 des Münchener Stadtrechts von 1340 sind ihm die Eideshelfer des Übersiebnungsprozesses und es ist ihm daher selbstverständlich, daß es sich um das Verfahren gegen den gefangenen Verbrecher handelt, 41 ff. Indessen haben wir hier in Wahrheit den ordentlichen Prozeß mit Ladung vor Gericht vor uns, in dem der Beklagte zum Unschuldseide kommt, wenn ihn der Kläger nicht mit Zeugen überführen kann, Richard Löning, Reinigungseid 185.

Die Bedeutung des Knappschen Buches liegt in der endgültigen Beseitigung der Zallingerschen Theorien. Die Bahn ist für die weitere prozeßgeschichtliche Forschung freigeworden. Die Lektüre der Schrift wird sehr beeinträchtigt durch das oft ziellose Nebeneinanderreihen von Wesentlichem und Unwesentlichem, ja selbst gar nicht zur Sache Gehörendem, durch Verstöße gegen grammatikalische Regeln, sprachliche Unmöglichkeiten, merkwürdige Satzkonstruktionen, unverständliche Anschlüsse und Bezugnahmen und stereotype Wendungen.

Leipzig.

Hans Planitz.

Franz Jelinek, *Mittelhochdeutsches Wörterbuch zu den deutschen Sprachdenkmälern Böhmens und der mährischen Städte Brünn, Iglau und Olmütz* (XIII. bis XVI. Jahrh.). Heidelberg, C. Winter 1911. XXV u. 1028 S. (Germanische Bibliothek hrsg. v. W. Streitberg I. Sammlung 3. Reihe 4. Bd.)

Dieses Werk verdient eine Erwähnung in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte und Beachtung von Seite der Rechtshistoriker aus demselben Grunde, der ihm von Seite mancher Philologen vielleicht Tadel einbringen wird: nämlich wegen der besonderen Berücksichtigung, ja Bevorzugung der Rechtssprache. Dies führte zu einer unleugbaren Ungleichheit in der Anlage des Buches. Die Rechtswörter sind nicht nur häufig mit einer besonderen Fülle von Belegen bedacht, sondern in einer stattlichen Zahl von Fällen haben sich die Artikel sogar zu Sachartikeln, selbst zu kleinen Abhandlungen ausgedehnt, so z. B. *hantveste*, *gesten*, *scheppe*, *stollenrecht*, *vrauwe*, *wandel*.